

BÜRGERLISTE GOSLAR

unabhängig – innovativ – bürgernah

RATSFRAKTION

Henning Wehrmann, Vorsitzender
Marktstraße 35, 38640 Goslar
Tel.: 05321/29495; Fax: 05321/22527
Mail: henning.wehrmann@goslar.de

Haushaltsrede 2014

(es gilt das gesprochene Wort; *kursive* Einfügungen wurden erst während der Sitzung vorgenommen.)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Sicherlich wird es im Nachhinein wieder Einige geben, die diesem Haushalt das Prädikat „historisch“ verleihen, weil es sich um den ersten gemeinsamen Haushalt nach der Städtefusion von Goslar und Vienenburg handelt. *Der Vorsitzende hat in seiner Stellungnahme ja schon entsprechende Andeutungen gemacht, indem er vom „Haushalt Nr. 1“ sprach.*

Ich würde allerdings nicht so weit gehen. Denn als historischen Haushalt könnte man allenfalls den Etat des letzten Jahres bezeichnen, weil dieser die Ära der SPD/FDP-Politik mit der galoppierenden Neuverschuldung beendete und endlich wieder eine schwarze Null im Ergebnishaushalt lieferte.

Die einzigen Aspekte, die geeignet sind, den Haushalt 2014 in ein historisches Licht zu rücken, sind eher negative: Der Haushalt 2014 ist ein Musterbeispiel an Intransparenz. Für Verwaltung und OB ist er quasi ein Freibrief zum Handeln an der Politik vorbei. Für Rat und Bürger hingegen ist er ein Blindflug mit ungewissem Ausgang.

Der aus dem Rat ausgeschiedene ehemalige Finanzausschussvorsitzende Hans-Henning Körner hatte die Devise für das neue Haushaltssystem bereits in einer Lenkungsgruppensitzung Anfang des Jahres treffend zum Ausdruck gebracht: „Man muss Vertrauen in die Verwaltung haben!“ – spricht: „Der Oli macht das schon!“ – und der macht davon auch reichlich Gebrauch und sagt z.B. schon einmal ohne jede Ratsbeteiligung die Sanierung des Sudmerbergturmes zu.

Diese Art von Politik hatte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende im letzten Jahr in seiner Haushaltsrede noch scharf kritisiert und der CDU haushaltspolitische Untätigkeit vorgeworfen. Inzwischen ist allerdings die SPD ebenfalls auf diesem Niveau der Untätigkeit angekommen. Man nimmt den Verwaltungsentwurf quasi als gottgegeben hin. *Ein Festival für die Abnicker!* Substanzielle Änderungsanträge? Absolute Fehlanzeige!

Die Doppik, die von SPD/FDP/CDU und Grünen in Goslar viel zu früh und vor allem ohne politisch steuerbare Ziele und Kennzahlen eingeführt wurde, sollte nach den damaligen Aussagen der Verwaltung mehr Transparenz und mehr politische Steuerung beim Ressourceneinsatz bringen. Was wir heute in der Praxis erleben, ist das Gegenteil: Ein Schritt zurück in Richtung Obrigkeitsverwaltung.

Dem Rat lässt man einen Investitionshaushalt von rund 6 Mio. Euro zuzüglich einigen rudimentären Erläuterungen als politische Spielwiese. Die viel größeren Ansätze des Ergebnishaushalts von 94 Mio. Euro hingegen aggregiert man solange, bis keine Feierabendpolitiker und erst recht kein Bürger mehr dran lang blickt.

Dass das Land einen verbindlichen Produkt- und Kontenplan vorgibt, ist durchaus nachvollziehbar. Denn bei der kommunalaufsichtlichen Prüfung ist ein einheitlicher Rahmen eine Vereinfachung. Und letztlich interessiert es in Hannover niemanden, ob es ein Museum ist, das geschlossen wird oder ein Freibad – Hauptsache die Einspar**summe** stimmt. Vor Ort bei den Betroffenen sieht das hingegen ganz anders aus.

Und daher hätte eine Verwaltung, die sich transparentes Handeln **angeblich** auf die Fahnen geschrieben hat, **weit mehr** tun müssen, um das aggregierte Zahlenwerk so aufzuarbeiten, dass Politik und Bürger auch etwas damit anfangen können. Der Gesetzgeber hat ja **keine** erläuternden Fußnoten verboten und **keine** zusätzlichen Erläuterungsberichte untersagt. *Die Intransparenz ist also in Goslar hausgemacht.*

Die Bürgerliste und die Bürger für Vienenburg haben diese Probleme in der Haushaltsdarstellung frühzeitig erkannt und bereits Mitte Februar einen Antrag zur Erhaltung der Transparenz im Haushalt eingebracht. Genutzt hat es wenig: Die Behandlung des Antrages soll erst im Juli erfolgen. Die Folge war eine Vielzahl von Fragen in den Fachausschüssen, von denen sich viele bei der alten Haushaltssystematik von selbst beantwortet hätten. Verwaltungskraft wurde so *überflüssigerweise* gebunden und die Ausschusssitzungen gestalteten sich recht zäh.

Die Fachausschüsse haben im Übrigen – wie bereits in den Vorjahren – ihre Aufgaben als Budgetausschüsse eher schlecht bis gar nicht erfüllt. Statt über die Aufteilung des Budgets im Fachbereich zu beschließen, blieb diese Aufgabe wieder einmal am ZDF hängen – so viel zur Theorie des neuen Steuerungsmodells, das ohnehin nur in den Schulbüchern funktioniert.

*Und um noch einmal kurz auf den einleitenden Bericht des ZDF-Vorsitzenden zurückzukommen: Eine kurze Beratungsdauere in den Ausschüssen ist keinesfalls mit einem Plus an Haushalts**qualität** gleichzusetzen.*

Die Kritik der Bürgerliste beschränkt sich aber nicht nur auf die Haushaltssystematik sondern auch auf eine Vielzahl von konkreten Haushaltsansätzen. Keine Angst – ich werde jetzt nicht jeden einzelnen der 14 Änderungsanträge der Bürgerliste zum Haushalt begründen, weil ich einmal optimistisch davon ausgehe, dass jeder die schriftlichen Erläuterungen gelesen hat.

Ich will mich nur auf zwei große Blöcke des Haushalts beschränken:

- a) die Einhaltung des Zukunftsvertrages
- b) den Investitionshaushalt

Kommen wir zum Zukunftsvertrag:

Die Einhaltung der Vorgaben des Vertragswerkes war letztlich nur möglich, weil die Stadt mit der Aufgabe der Schulträgerschaft eine bislang nicht geplante Maßnahme mit hohem Einsparpotenzial umgesetzt hat. Derartige Effekte sind aber nicht wiederholbar. Daher wäre ein Mehr an Kostendisziplin und ein Mehr an Konsequenz bei der Umsetzung der grünen Maßnahmen aus der Konsolidierungsliste gefordert.

In der Praxis erleben wir leider das Gegenteil:

- Bei der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung ist die Ratsmehrheit eingeknickt.
- Die SPD bekämpft weiterhin die Bettensteuer.
- Die FDP lehnt zusätzlich auch noch die Fremdenverkehrsabgabe und jede Gewerbesteuererhöhung ab.
- Die Ratsdiäten wurden von der GroKo erhöht; ein zusätzlicher Bürgermeisterposten und zwei zusätzliche Beigeordneten-Sitze wurden eingerichtet und die Fusionsrendite im Ratsbereich auf diese Weise verzockt.
- Die ohnehin schon gegenüber dem Zukunftsvertrag um 100 TEUR reduzierten Parkgebühreneinnahmen will der OB noch weiter reduzieren, in dem das Handyparken in Goslar eingeführt werden soll – eine Einrichtung, die *tatsächlich* von ca. 0,6 bis 2% der Menschen genutzt wird. Das braucht unsere Stadt nun wirklich dringend!
- Darüber hinaus bereitet die Verwaltung ein Personal-Karussell vor, dass zwar in einzelnen Elementen sinnvoll ist, in seiner Gesamtheit aber deutliche Zweifel an der Einhaltung der vorgegebenen Personalkosteneinsparungen aufkommen lässt.
- Der neue Finanzausschussvorsitzende erklärt gleich in seiner Eröffnungsrede im ZDF, dass die Stadt durch den Zukunftsvertrag nun wieder Spielräume zum Geldausgeben hat und übersieht dabei, dass noch längst nicht der Nachweis erbracht ist, dass die schwarze Null überhaupt erreicht wurde – geschweige denn, dass sie dauerhaft zu halten ist.

Fazit zu diesem Kapitel aus Sicht der Bürgerliste:

In weiten Teilen der Ratspolitik werden die Konsolidierungsmaßnahmen des Zukunftsvertrages nicht ernst genug genommen oder nicht konsequent genug umgesetzt. Neu ist, dass sich nun auch die Verwaltung – wie das Beispiel Handyparken zeigt – aus der haushaltspolitischen Verantwortung stiehlt. Es ist absehbar, dass ein derartiges Vorgehen kurz- und mittelfristig zu erheblichen Problemen führen wird. Unsere Fraktion wird dann aber nicht als Notnagel zur Verfügung stehen, um gelbe oder gar rote Maßnahmen der Konsolidierungsliste in grüne umzuwandeln.

Der Investitionshaushalt – und damit komme ich zum zweiten großen, inhaltlichen Block - ist aus gesamtstädtischer Sicht unausgewogen und er erweckt mit einer Vielzahl neu angestoßener Projekte bei den Bürgerinnen und Bürgern

Erwartungshaltungen, die sich unter den derzeitige Rahmenbedingungen nur zum Teil erfüllen lassen.

Ich will hier nur exemplarisch einige Maßnahmen aufgreifen:

- Die Fehlplanungen der FGZ werden nach dem 3. Bauabschnitt mit weiteren fragwürdigen, überflüssigen und abzulehnenden Maßnahmen des 4. und 5. Bauabschnittes fortgesetzt. Während in den Stadtteilen immer mehr Straßen regelrecht zerfallen – die Wiesenstraße in Bockswiese sei nur als ein Beispiel benannt – leistet man sich selbst in sekundären oder tertiären Randbereichen der FGZ – wie der Sommerwohlenstraße, der Wohldenbergerstraße oder dem Vogelsang – weiter Luxus-sanierungen vom Feinsten, nur weil man ein paar Euro Fördergelder abgreifen kann. Dass die dafür eingesetzten Eigenmittel gleichzeitig bei den dringend notwendigen Straßensanierungsmaßnahmen in den Stadtteilen fehlen, verschweigen OB und Ratsmehrheit natürlich. *Die Straßen, die laut dem CDU-Fraktionsvorsitzenden – wie wir eben hören konnten – in die Zukunft führen, sind in Goslar mit Schlaglöchern gepflastert.* Und als ob die sündhaft teuren Stahlbänder in der Fischemäkerstraße und Hokenstraße, die zwischenzeitlich als Zigarettenkippen-Entsorgungsstation missbraucht werden, nicht schon genug wären, müssen nun auch noch 10 TEUR für Infostelen aus dem Fenster geworfen werden, um dem Vandalismus neue Ziele zu bieten. **Tatsächlich** gebotene Attraktivierungsmaßnahmen in der Fußgängerzone – wie die Herstellung von Querverbindungen zwischen Fischemäker- und Hokenstraße sowie zum Fleischscharren – werden nach wie vor nicht ernsthaft angegangen. Zu solchen Fehlplanungen kann man nur Nein sagen.
- Im Rahmen der Erschließung neuer Baugebiete verzettelt sich die Stadt und es mangelt an einem konzeptionellen Vorgehen. Am Hohen Brink will man mit einem Riesenaufwand für Lärmschutzwand, Baufeldräumung, Verlegen eines Minispielfeldes und einer Laufbahn ein paar Wohngrundstücke ermöglichen. Bei einer vollständigen Umlage dieser Kosten auf die Verkaufspreise dürften diese Grundstücke nicht mehr vermarktbar sein. Es ist schon jetzt zu erkennen, dass die Stadt auf Kosten sitzenbleiben wird. Deshalb hat die Ratsmehrheit auch die Verlegung der Sportanlagen im Schulhaushalt belassen, um hinterher sagen zu können, dies sei doch eine **schulpolitisch** notwendige Maßnahme gewesen.
- Mit dem Einsetzen einer wahren Flut von Planungskosten-Ansätzen wird im Haushalt ein Aktionismus vorgetäuscht, der mit der tatsächlichen Haushaltslage der Stadt nicht in Einklang zu bringen ist. Dazu zählen z.B. die Mehrzweckhalle in Hahndorf, die Verlegung der Kindertagesstätte Frankenberg zum Energiecampus und der Umbau des Osterfeld-Stadions, bei dem es aus unserer Sicht auch nach der Umsetzung der Planungskosten in ein anderes Produkt nur darum geht, den Profifußball nach der Viertel-Million-Euro-Spritze weiter auf Kosten der Steuerzahler zu finanzieren.

Diese Beispiele mögen verdeutlichen, dass sich der diesjährige Investitionshaushalt in einer deutlichen Schiefelage befindet – und die ist selbst verursacht, weil man es Allen Recht machen will und auf die notwendige Prioritätensetzung verzichtet.

Zusammenfassend kann ich für die Ratsfraktion der Bürgerliste drei Punkte zum Haushalt 2014 festhalten:

- Der Haushalt ist **intransparent**, was die Darstellung betrifft.
- Der Haushalt ist **inkonsequent**, was die Umsetzung des Zukunftsvertrages betrifft.
- Und der Haushalt ist **unausgewogen**, was die Investitionen betrifft.

Jeder Punkt für sich genommen wäre für uns ein Ablehnungsgrund. In der Summe ergibt sich daraus ein klares Nein der Bürgerliste zu diesem Haushalt.